

Medienspiegel Woche 12 / 2017



Inhalt

St.Gallen / Frühfremdsprachen / Englisch / Französisch / Pfenninger Simone / Musikunterricht / Noten

Unsere Stellungnahme zum Bericht der Regierung, 21. März 2017

Fremdsprachen in der Volksschule **1**

Tagblatt, 21. März 2017, 13:40

Kommission will Musikunterricht und halbe Schulnoten verankern **7**

Kanton St.Gallen, 21.3.2017

Verankerung des Instrumentalunterrichts und der Zeugnisnoten **7**

Privatisierung / McKinsey / Microsoft / Belgien / Digitalisierung / Ökonomisierung / Humankapital

Arte, 5. Januar 2017

Privatisierung der Bildung **8**

Tagblatt, 23. März 2017

Die Totalverwertung des Menschen **9**

Schule Schweiz, 19. März 2017

Vermarktung der Reformen **10**

Zürich / Initiativen / Deutsch / Frühfremdsprachen / Naturwissenschaften / Aebersold Peter / Wirtschaft

Medienmitteilung des Komitees «Lehrplan vors Volk», 15. März 2017

Demokratische Regeln beachten **11**

Fraktionserklärung SVP/ZH, 20. März 2017

Kantonsrat, Fraktionserklärung SVP, 20. März 2017 **12**

Graubünden / Doppelinitiative / Calcagnini Elisabeth / Ökonomisierung / Humankapital / SOL

P&H vom 18. März 17

Doppelinitiative in Chur eingereicht **13**

Schule Schweiz, 22. März 2017

Was macht eine gute Schule aus? **14**

BS / BE / Lehrerverbände / LCH / Zemp Beat / EDK / Testerei / Checks / Lehrer / Rankings /

Sonntagszeitung, 25.03.2017

Das Leiden der Lehrer **15**

Brisantes von Schule Schweiz **17**

Fremdsprachen in der Volksschule

Stellungnahme zum Bericht der Regierung
vom 20. Dezember 2016



Der Kantonsrat hat 2014 die Regierung mit einem [Postulat](#) beauftragt, **Bericht zu den praktischen Erfahrungen seit Einführung einer zweiten Fremdsprache auf der Primarstufe** zu erstatten.

Seit dem Schuljahr 2008/09 wird im Kanton St. Gallen ab der 3. Primarschulklasse Englisch unterrichtet und ab der 5. Klasse Französisch. Ende Schuljahr 2014/15 haben die ersten Schülerinnen und Schüler, die nach diesem Curriculum unterrichtet worden sind, die Volksschule verlassen und befinden sich nun in der Sekundarstufe II, die meisten in einer Berufslehre oder auch in weiterführenden Schulen.

Mit dem Bericht sollte vor allem geklärt werden, ob das Unterrichten von zwei Fremdsprachen in der Primarschule sinnvoll ist oder ob nicht besser eine Fremdsprache auf die Oberstufe verschoben werden sollte. Zur Beantwortung dieser Frage hat die Regierung ein Meinungsbild bei Schulträgern, Schulleitungen, Eltern und Lehrpersonen eingeholt und wissenschaftliche Untersuchungen miteinbezogen.

Der [Bericht vom 20. Dezember 2016](#) der Regierung ist offensichtlich mit dem Ziel verfasst worden, das bisherige Frühfremdsprachenkonzept der EDK unter allen Umständen zu legitimieren. Das Ergebnis stand wohl von vorneherein fest.

Nur so ist es zu erklären, dass dem widersprechende Untersuchungsergebnisse im Bericht einfach unterschlagen werden (z. B. die Studie von Dr. Simone Pfenninger) oder bagatellisiert werden, wie z. B. die eindeutig ablehnende Stellungnahme der Lehrerschaft.

Hier sollen einige aus unserer Sicht wesentliche Kritikpunkte an dem Bericht dargelegt werden.

1. Die Regierung geht in ihrem Bericht von einer veralteten Theorie des Fremdsprachenlernens aus. Die Theorie des "Je früher, desto besser", die dem Bericht zugrunde liegt, ist ein wissenschaftlich längst widerlegtes Märchen.

Die Theorie des "Je früher man im Kindesalter anfängt, Fremdsprachen zu lernen, desto besser" ist weitverbreitet, von der Wissenschaft inzwischen jedoch definitiv widerlegt. Die Theorie stimmt nur für Kinder, die in einer zweisprachigen Umgebung aufwachsen, z. B. mit zweisprachigen Eltern, und die in ihrem Lebensalltag täglich mit der Fremdsprache zu tun haben. Sie trifft aber nicht zu für Kinder, die nur in wenigen wöchentlichen Unterrichtslektionen mit der Fremdsprache konfrontiert sind.

Das am 25.3.2004 von der EDK beschlossene Fremdsprachenkonzept, dass spätestens bis zum 5. Schuljahr der Unterricht von zwei Fremdsprachen einsetzen soll, muss heute als veraltet bezeichnet werden.

2. Alle neueren Untersuchungen weltweit kommen zum Ergebnis, dass Jugendliche ab 10 – 12 Jahren in der Schule schneller und effizienter Fremdsprachen lernen als jüngere Kinder.

Der Bericht der Regierung geht unverständlicherweise überhaupt nicht auf die neuen Untersuchungen ein, ab welchem Alter am besten Fremdsprachen gelernt werden. Die für die Schweiz wichtigste Untersuchung, die Langzeitstudie der Linguistin Dr. Simone Pfenninger von der Universität Zürich von 2014, wird nicht berücksichtigt, ja im Bericht nicht einmal erwähnt. Simone Pfenninger hat Schüler, die in Zürich ab der 2. Klasse Primarschule Englischunterricht hatten, mit solchen verglichen, die erst mit der 7. Klasse begonnen haben. Sie kommt zum Ergebnis, dass die Spätlernenden meist bereits nach 6 Monaten die Frühlernenden eingeholt hatten, obwohl diese schon 5 Jahre lang Englischunterricht hatten!

Kinder in der Unterstufe oder gar im Kindergarten verfügen nicht über die gleichen kognitiven Sprachstrukturen wie 10- oder 12jährige Jugendliche. Ältere Kinder lernen schneller und effizienter Fremdsprachen, weil sie die entsprechenden Sprachstrukturen bereits in der Muttersprache erworben haben und diese auf die Fremdsprache übertragen können.

Daher ist es auch ein Vorteil für den Erwerb von Fremdsprachen, wenn die Muttersprache gut beherrscht wird.

Selbst die im Bericht der Regierung zitierte [BKZ-Studie](#) (Bildungsdirektoren der Zentralschweiz) kommt zum Ergebnis, dass eine Mehrheit der Schüler in der 6. und 8. Klasse die Lehrplanziele im Französischen nicht erreicht, auch im Englischen scheitert immer noch ein Drittel.

Die renommierte Sprachforscherin und Anglistin Prof. Carmen Muñoz von der Universität Barcelona, die seit Jahrzehnten zu der Frage forscht, in welchem Alter man am besten Fremdsprachen lernt, betont, dass es weltweit keine einzige Studie gibt, die den Vorteil eines möglichst frühen Fremdsprachenunterrichts in der Schule belegt.

Ganz aktuell kommt auch der Kanton Aargau mit seiner Vergleichsstudie zwischen Aargauer Schülern, die ab der dritten Klasse Englisch gelernt haben, und Solothurner Schülern, die nur auf der Oberstufe Englisch hatten, zum gleichen Resultat. Obwohl die Aargauer 4 Jahre länger Englisch hatten, betrug ihr Vorsprung auf die Solothurner am Ende der Schulzeit nur ein halbes bis ein ganzes Schuljahr. Viel Aufwand für wenig Ertrag! Wertvolle Lernzeit für andere Fächer, insbesondere für die deutsche Sprache, geht in der Zwischenzeit verloren.

3. Die grosse Mehrheit der Volksschullehrer spricht sich aufgrund der gemachten Erfahrungen für nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe aus.

Im Bericht wird erwähnt, dass nur 24% der online befragten Volksschullehrer sich für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe aussprechen. Bei der Umfrage des Kantonalen Lehrerverbands 2015 waren es sogar nur 17% von über 3000 Lehrern, die zwei Fremdsprachen schon auf Primarstufe befürwortet haben.

An der jetzigen Online-Befragung für den Bericht der Regierung beteiligten sich allerdings nur 27% der angefragten Lehrer. Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass ihre früheren ablehnenden Stellungnahmen bis heute in keiner Weise berücksichtigt worden sind. Im Bericht ist zu lesen, dass Lehrpersonen dem Unterricht von zwei Fremdsprachen "vielfach kritisch" gegenüberstehen. Das weiss man nun schon lange, aber es hat keinerlei Konsequenzen. "Über die Ursachen dafür liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor", heisst es dann im Bericht – warum hat man die Lehrer aber nicht nach den Gründen gefragt? Hier, und an vielen anderen Stellen im Bericht wird deutlich, dass das Ergebnis des Berichts der Regierung von vorneherein feststand: Man will partout am Frühfremdsprachenkonzept der EDK festhalten, koste es was es wolle, und wenn es auch eine ganze oder sogar mehrere Schülergenerationen sind, die darunter leiden müssen.

Die einhellige Ablehnung der Lehrer zeigt sich auch darin, dass im Kanton Zürich im Mai 2017 über eine Initiative abgestimmt wird, die eine Beschränkung auf eine Fremdsprache in der Primarschule verlangt. Dieses Volksbegehren wird von den Lehrerverbänden der Mittel- und Oberstufe getragen.

4. Die Englischlehrer auf der Sekundarstufe II als "Abnehmer" der Volksschulen wurden gar nicht nach ihren Erfahrungen gefragt.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum weder Berufsschullehrer noch Mittelschullehrer, die nun die ersten Frühenglisch-Absolventen in ihren Schulklassen haben, nach ihren Erfahrungen befragt worden sind. Gerade sie können am besten Vergleiche zwischen dem früheren und dem heutigen Modell ziehen.

Im Bericht der Regierung wird der Verzicht auf eine umfassende eigene Evaluation damit begründet, dass man sich auf die Fremdsprachenstudie der BKZ (Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz) von 2015 abstützen könne und keine eigene Evaluation benötige. Selbst diese Studie zeigt neben einigen Banalitäten v. a. auch das Scheitern des Frühfremdsprachen-Unterrichts auf. Im [Fazit](#) zum Lernerfolg in Französisch am Ende des 8. Schuljahres heisst es beispielsweise: "Eine deutliche Mehrheit der SchülerInnen erreicht die Lehrplanziele noch nicht und wird die Ziele Ende der 9. Klasse nicht erreichen." Dass die St. Galler Regierung sich auf solch schwache Untersuchungsergebnisse stützt, legt auch die Vermutung nahe, dass man von Seiten der Regierung keine eigenen unerwünschten Untersuchungsergebnisse erhalten wollte.

Im Gespräch mit einzelnen Berufsschullehrern kann man erfahren, dass die englischen Grammatikkenntnisse (wie übrigens auch die deutschen) im Allgemeinen abgenommen hätten, dass die Fehlerquote schriftlich wie mündlich zugenommen habe. Es gebe Schüler, die der festen Überzeugung seien, hervorragend Englisch zu können, bei denen aber jeder gesprochene und geschriebene Satz voller Fehler sei. Besser im Vergleich zu früher sei die Aussprache (dies ist auch wissenschaftlich belegt) und, dass die Jugendlichen keine Scheu mehr hätten, in der Fremdsprache zu reden. Dies ist zweifellos ein Gewinn, der aber schneller und einfacher durch einen kürzeren oder längeren Aufenthalt im jeweiligen Sprachgebiet erzielt werden kann.

5. Die Kosten für den Frühfremdsprachenunterricht wachsen ins Unendliche

Wie die kürzlich vorgelegte Studie der IHK St. Gallen ergeben hat, sind die Kosten für die Volksschule in St. Gallen zwischen 2000 und 2014 stark angestiegen. Mit über 3000 Franken pro Einwohner für die obligatorische Schule ist St. Gallen der fünftteuerste Kanton der Schweiz. Auffallend ist auch der sehr hohe Anteil von Schülern mit besonderem Lehrplan. Der Leiter des Amts für Volksschule Alexander Kummer nennt in der Ostschweiz am Sonntag vom 12. Februar 2017 auch die Einführung von Frühenglisch als kostentreibenden Faktor.

Die Regierung räumt selbst ein, dass Probleme existieren. Nun werden zwei zusätzliche Differenzierungslektionen in Französisch eingeführt, weil die Lernziele nicht erreicht werden können. Diese Massnahme mag eine Verbesserung für überforderte Schüler bringen, ist aber nur eine teure Notlösung. Wie hoch die Kosten allein für diese Massnahme sind, wird nicht erwähnt.

Es werden immer mehr Unterstützungs- und Hilfsmassnahmen notwendig, um Schülern zu helfen, die den Anforderungen nicht genügen können. Bereits heute beläuft sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Massnahmen laut Bericht auf knapp ein Fünftel. Es werden mit Sicherheit noch mehr werden.

6. Französisch wird gegenüber Englisch bisher vernachlässigt, wie auch im Bericht vermerkt ist.

Dass der Französisch-Unterricht "tendenziell unbeliebt" ist, wie im Bericht vermerkt, liesse sich unschwer ändern. Es ist ein leichtes, den Sprachaustausch zwischen Schülern, Schulklassen und Lehrern mit der französischen Schweiz in der Oberstufe zu intensivieren. Dieser Austausch wurde in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Auch die Lehrer befürworten dies. Die Schweiz als mehrsprachiges Land hat hier Möglichkeiten, an die andere Länder nicht zu denken wagen.

Gerade Jugendliche sind mit einem Austausch auch leicht zum Sprachenlernen zu motivieren – eine Option mit einem sehr günstigen Kosten-Nutzen-Faktor beim Sprachenlernen – wenn schon ökonomisch gedacht werden soll.

7. Die Betriebe beklagen vor allem mangelhafte Deutschkenntnisse der Lehrlinge, und nicht mangelhafte Fremdsprachenkenntnisse.

Im Bericht wird betont, dass Fremdsprachenkenntnisse für das Berufsleben zentral seien. Viel wichtiger sind aber gute Kenntnisse der Muttersprache. Wenn diese vorhanden sind, ist auch ein weiterer Fremdspracherwerb im Berufsleben leicht möglich und heute üblich. Leider wurden auch die Betriebe nicht befragt, welche Sprachkenntnisse sie von ihren Lehrlingen erwarten. Aus der Praxis ist allgemein bekannt, dass mangelhafte Deutschkenntnisse ihrer Lehrlinge von den meisten Betrieben beklagt werden, mangelhafte Fremdsprachenkenntnisse dagegen selten. Je besser die Kenntnisse der Muttersprache sind, desto leichter ist auch ihr späterer Erwerb.

8. Der Sprachenunterricht soll neu ausgerichtet werden auf "[funktionale Mehrsprachigkeit](#)" – was heisst das?

Der Bericht der Regierung kommt zum Ergebnis, dass eine Überforderung der Schüler durch den frühen Erwerb von zwei Fremdsprachen nicht festgestellt werden könne. Insbesondere schwächere Schüler sind aber eindeutig überfordert und benachteiligt.

Die Neuausrichtung des Sprachenunterrichts sieht jedoch insgesamt eine Senkung der Anforderungen vor. Ziel im zukünftigen Lehrplan Volksschule ist laut Bericht nämlich, dass jede Person in wenigstens zwei Fremdsprachen "sich auf eine Kommunikation einlassen und sie in Grundzügen erfassen kann" (Bericht S. 9). Dies schliesst "sowohl die lücken- und fehlerhafte als auch die nonverbale Verständigung und die gegenseitige Verständigung in der jeweiligen Muttersprache" ein. Das heisst: "Feeler machen erlaubt!" Und wenn man sich in der Herkunftssprache verständigt, ist das eben auch gelungener Fremdsprachenunterricht. Wichtig ist nur, sich irgendwie verständigen zu können, egal in welcher Sprache und mit welchen Mitteln.

An der PH St. Gallen herrscht seit Jahren die abwegige Doktrin vor, dass Fehlerkorrekturen durch den Lehrer dem Schüler schaden, weil er dadurch entmutigt werde. Die Folge ist, dass die Fehler sich einprägen und später nur noch schwer zu korrigieren sind.

Im Bericht wird beklagt, dass die Lehrer sich dieser Neuausrichtung widersetzen würden und weiterhin einen anspruchsvollen Fremdsprachenunterricht anstreben: **"Trotzdem halten sich bei den Lehrpersonen sowie der Öffentlichkeit hartnäckig die tradierten Vorstellungen von einem mehrheitlich auf Sprachwissen und formale Wiedergabe von regelhaft gelerntem ausgerichteten Sprachenunterricht."** (S. 8) Dies könne auch "zu Differenzen zwischen Schule und Elternhaus führen". Manche Lehrer hätten sogar "auf lokaler Ebene in Eigenregie Lehrpläne mit Anforderungen erarbeitet (...), die dem eigentlichen Lehrplan widersprechen und leistungsschwächere Lernende überfordern."

Bei Lehrpersonen, die den Paradigmenwechsel im Sprachunterricht gegen den inneren Widerstand der eigenen Lernbiografie vollzogen, konsequent Ziele des Lehrplans anstrebten und den Unterricht entsprechend gestalteten, konnte demgegenüber ein Erfolg bestätigt werden." (S. 8/9).

Lehrer, aber auch Eltern, die nicht bereit sind, den Bildungsabbau mitzutragen und versuchen, das bisherige Niveau aufrechtzuerhalten wollen, werden also zum Problem gemacht. Hierbei muss angemerkt werden, dass der moderne Fremdsprachenunterricht schon seit vielen Jahren sich nicht mehr auf "stures Auswendiglernen von Grammatikregeln" beschränkt.

9. Schweizer Fremdsprachenunterricht auf EU-Niveau heruntergefahren?

Das Sprachenkonzept der EDK von 2004 mit dem sog. Modell 3/5 (1. Fremdsprache ab der 3. Klasse, 2. ab der 5. Klasse) ist keine Erfindung, die auf Schweizer Boden gewachsen ist. Bereits 1997 brachte der damalige Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor von einer Tagung aus den USA Ideen mit, die bis heute die Schulreformen in der Schweiz prägen (Aeberli, Christian: Das Zürcher Experiment). Die wichtigsten waren altersdurchmisches Lernen, selbstorganisiertes Lernen mit dem Computer und möglichst früher Englischunterricht, am besten schon ab der 1. Primarklasse. Auch das Weissbuch der EU, 1995 von der EU-Kommission herausgegeben, verlangt von den EU-Bürgern die Kenntnis von drei Gemeinschaftssprachen. Englischunterricht ab der Primarschule, oft schon im Kindergarten, ist mittlerweile in nahezu allen EU-Ländern üblich. Grundlage dafür ist auch hier das Konzept der „funktionalen Mehrsprachigkeit“. Der Gewinn(vielleicht auch das Ziel?) dieses Konzepts ist, dass sich beispielsweise arbeitslose Jugendliche, die in ihren Heimatländern keine Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben, mit ihrem "funktionalen" Englisch auch in anderen Ländern ausreichend als Fremdarbeiter durchschlagen könnten.

Dass in der Schweiz nicht nur eine, sondern gleich zwei Fremdsprachen auf die Primarstufe verlegt worden sind, ist nur dem sog. "Sprachenkompromiss" zu verdanken, einem völlig überflüssigen künstlich geschaffenen Gegensatz zwischen Französisch und Englisch. Dieser faule Kompromiss hat dazu geführt, dass die Kinder als Leidtragende nun sogar zwei Fremdsprachen zum falschen Zeitpunkt lernen müssen.

Folgerungen

- Die zweite Fremdsprache sollte aufgrund der wissenschaftlichen Befunde und Erfahrungen aus der Praxis auf die Oberstufe verlegt werden. Aufwand und Ertrag des Frühfremdsprachenlernens stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander.
- Das vorrangige Ziel der Primarstufe muss heissen **Frühdeutsch** statt Frühenglisch oder Frühfranzösisch. Eine Fremdsprache während der Primarstufe ist ausreichend, sie sollte ab der 5. Klasse unterrichtet werden und nicht schon in der 3. Klasse.
- Ob die erste Fremdsprache Englisch oder Französisch sein soll, ist letztlich zweitrangig. Bis zum Ende der Volksschule können in beiden Fremdsprachen die Lernziele erreicht werden.
- Der Kanton St. Gallen könnte sich sehr gut mit dem Thurgau und Appenzell-Innerrhoden zu einer harmonisierten Ostschweiz der Vernunft zusammenschliessen und die zweite Fremdsprache auf die Oberstufe verschieben.

St. Gallen, 21. März 2017

Quellen

KR Postulat 43.14.02

Fremdsprachenkonzept auf der Primarstufe
Überforderung für die Schülerinnen und Schüler?

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/sessionen.geschaeftdetail.html?geschaeftid=B6128A72-1471-4833-B69D-395D0717584B&ziel=1>

KR Bericht 40.16.11

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/sessionen.geschaeftdetail.html?geschaeftid=1B4EF033-F95A-4AAF-BEAC-9E36789DEA2D&ziel=1>

Bericht der Regierung vom 20. Dezember 2016 (PDF, 939 KB)

<https://www.ratsinfo.sg.ch/home/sessionen.Document.BD53C30D-71F9-4CC4-852D-A1F00C8FBCFD.risDoc>

BKZ Fremdsprachenevaluation in der Zentralschweiz

<http://bildung-z.ch/bkz/aktuell/fremdsprachenevaluation>

Fazit

http://bildung-z.ch/sites/default/files/u88/Pr%C3%A4sentation_IFM_Ergebnisse_Fremdsprachenevaluation%20BKZ_MK_2016_03-18.pdf

LP21 "funktionale Mehrsprachigkeit"

<http://v-ef.lehrplan.ch/index.php?suchwort=Funktionale+Mehrsprachigkeit+&code=s>

Dr. Simone Pfenninger: Wer in Deutsch gut ist, lernt besser Englisch

<http://www.media.uzh.ch/de/medienmitteilungen/archive/2014/wer-gut-im-deutsch-ist-lernt-besser-englisch.html>

Tagblatt, 21. März 2017, 13:40

Kommission will Musikunterricht und halbe Schulnoten verankern

ST.GALLEN · Im Kanton St.Gallen soll der freiwillige Musikunterricht im Gesetz verankert werden. Die vorberatende Kommission des Kantonsrats unterstützt dies. Ja sagt die Kommission auch zu ganzen und halben Noten in den Zeugnissen.

Beide Gesetzesänderungen werden von der Regierung vorgeschlagen und gehen auf Motionen im Kantonsrat zurück, wie es in einer Mitteilung des Kantons vom Dienstag heisst. Der Rat wird die Vorlagen in einer der nächsten Sessionen beraten.

Indem der Kanton im Volksschul- und Mittelschulgesetz die Schulen verpflichtet, freiwilligen Instrumental- und Vokalunterricht anzubieten, setzt St.Gallen den 2012 vom Schweizer Volk beschlossenen Verfassungsartikel zur Stärkung der musikalischen Bildung um.

Die 32 Musikschulen im Kanton erfüllen den Auftrag bereits. Ergänzende kantonale Regelungen brauche es deshalb nicht, heisst es. Laut der vorberatenden Kommission sind die Tarifunterschiede zwischen den Musikschulen zu gross. Die Kommission akzeptiert dies aber wegen der Gemeindeautonomie.

Stadt fährt Sonderzug bei Noten

Die zweite Gesetzesänderung betrifft die Noten in den Schulzeugnissen. Regierung und Kommission wollen den Grundsatz festschreiben, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in ganzen und halben Noten zu beurteilen sind. Diese anerkannte Form sei einfach und verständlich.

Die Schulträger sollen nicht mehr wie bisher auf halbe Noten verzichten dürfen. Die Stadt St.Gallen fährt derzeit einen Sonderzug: Im vergangenen Sommer standen in den Zeugnissen der Erst- und Zweitklässler erstmals nur noch ganze Noten.

Die Stadt wollte dies schrittweise auch in der Mittel- und Oberstufe einführen. Daraus wird jetzt aber vielleicht nichts: Stimmt der Kantonsrat der Vorlage der Regierung zu, müssen die städtischen Schulen wieder zu ganzen und halben Noten zurückkehren. (sda)

Kanton St.Gallen, 21.3.2017

Verankerung des Instrumentalunterrichts und der Zeugnisnoten

Medienmitteilung

Die zuständige Kommission des Kantonsrates unter dem Vorsitz von Ruedi Blumer, Gossau, hat die Verankerung des freiwilligen Instrumental- und Vokalunterrichts im Volksschulgesetz und im Mittelschulgesetz sowie der Zeugnisnoten im Volksschulgesetz beraten. Die Vorlage geht auf zwei Motionen des Kantonsrates zurück.

Weiterlesen:

<http://www.sg.ch/news/1/2017/03/verankerung-des-instrumentalunterrichts-und-der-zeugnisnoten.html>

Arte, 5. Januar 2017

Privatisierung der Bildung

Überall in Europa stehen Schulen in der Kritik: mittelmäßige Leistungen, unmotivierte Lehrkräfte, unüberwindbare Ungleichheiten. Privatunternehmen profilieren sich als Retter. Dabei versuchen manche Unternehmen, ihre Vorstellungen von Schule durchzusetzen. Im Interview der Woche: Nathalie Mons, Soziologin und Vorsitzende des französischen Rates für Schulevaluierung (CNESEO).

Überall in Europa stehen Schulen in der Kritik: mittelmäßige Leistungen, unmotivierte Lehrkräfte, unüberwindbare Ungleichheiten ...

Privatunternehmen profilieren sich als Retter, die beraten oder Gelder zur Verfügung stellen. Dabei üben manche Firmen starken Einfluss aus und versuchen, ihre Vorstellungen von Schule durchzusetzen: Sie fordern ein Bildungssystem, das junge Menschen für den Arbeitsmarkt rüstet.

Inwiefern soll sich die Privatwirtschaft mit ihren Werten in den Schulbetrieb einmischen dürfen? Bedeutet die Einbindung von Unternehmen das Versagen des staatlichen Bildungswesens? Was sind die wahren Beweggründe der Großkonzerne?

„Vox Pop“ nimmt das Unternehmen McKinsey unter die Lupe. Die international agierende Unternehmensberatung hat einen Jahresumsatz von über 7,5 Milliarden Euro und zeigt seit 2007 großes Interesse an Bildungseinrichtungen. Belgien ist ihr neues Versuchslabor. Der Konzern nimmt maßgeblichen Einfluss auf Schulreformen und soll in allen wichtigen Entscheidungsgremien vertreten sein. McKinsey plant sogar, seinen belgischen Hauptsitz auf dem Campus einer der größten Universitäten des Landes anzusiedeln. Welche Interessen stehen dahinter? Welchen Preis zahlen Schüler und Studenten?

Interview der Woche: Nathalie Mons, Soziologin und Vorsitzende des französischen Rates für Schulevaluierung (CNESEO)

<http://info.arte.tv/de/privatisierung-der-bildung>

Jede Woche taucht Vox Pop, präsentiert von John Paul Lepers, unverfroren in die europäische Gesellschaft ein. Hier finden Sie alle unsere Recherchen, Reportagen und Interviews sowie die Artikel unserer Online-Redaktion mit wöchentlichen Berichten über unsere 507 Millionen Mitbürger.

<http://info.arte.tv/de/vox-pop>



Film abspielen

<https://www.mycloud.ch/s/S0025F1BB0AA910EA02060E24838FA4CB0C0CDD30120B0ED9CFC54068307B1E3>

(Wenn Sie den Film später noch sehen wollen, müssen Sie ihn herunterladen. Der Link wird in einer Woche gelöscht.)

Ansichten

Die Totalverwertung des Menschen

Giuseppe Gracia

Wenn ich die aktuelle Diskussion zur Rentenreform verfolge, denke ich oft an Sterbehilfe. Ich denke nicht an AHV-Löcher oder Senioren-Yoga, sondern an Einsamkeit. Die globalisierten Märkte und der damit verbundene Mobilitätsdruck reissen die Familien geografisch auseinander. Die Jungen rudern im internationalen Markt herum, während sich die Alten im Heim oder in anderen Ersatzstrukturen der Nächstenliebe treffen und das positive Denken üben. Und wenn das auch nicht klappt, gibt es immer noch den Giftbecher von Exit.

Bei Diskussionen über Familienpolitik oder Schulreformen denke ich nicht an das weltbewegende Problem der Krippenplätze, auch nicht an die Kompetenzorientierung eines modernen, einheitlich geregelten Schulprogramms. Ich denke an die Eltern aus einfachen Verhältnissen, die ich aufgrund meiner eigenen Herkunft kenne. Handwerker und Hilfsarbeiter, die immer mehr schuften müssen, bei steigenden Kosten und gleichbleibenden Löhnen. Mütter, für die der Arbeitsplatz kein Ort der feministischen Befreiung ist, sondern eine Abhängigkeit, die sie lieber gegen mehr Zeit für die Familie eintauschen würden.

Und was die Schule betrifft: Kompetenzorientierung und einheitliche Programme riechen für mich nicht nach Liebe zum Schüler, sondern nach Ökonomisierung des Bildungswesens. Wenn meiner kleinen Tochter vor allem beigebracht wird, etwas kompetent anzuwenden, wenn ihr Output dabei einheitlich gemessen und kompetitiv mit dem Output anderer Schüler verglichen wird, dann nicht, damit sie durch Bildung zu sich selbst findet, zum eigenen reflektierten Sein und zu einem für die Demokratie grundlegenden kritischen Geist. Nein, dann wird das junge Mädchen bereits wie Humankapital behandelt.

Ganz abgesehen von der Tatsache, dass ich als Vater ja mein nächstes, möglicherweise krankes und leistungsunfähiges Kind schon vor der Geburt via PID vernichten darf: offiziell natürlich nur, um uns viel Leid zu ersparen. Zu diesem Optimierungskult passt es auch, dass den Frauen heute auf fast allen Kanälen suggeriert wird, die Mutterschaft sei nur eine nebenberufliche Unterbrechung der Freuden des Erwerbslebens. **Und dass jede Frau natürlich das volle Recht hat, ihren Körper zu vermarkten, Stichwort Leihmutterschaft** oder «social freezing»: Damit gemeint ist das Einfrieren unbefruchteter Eizellen, idealerweise bis zum Alter von etwa 45 Jahren, also bis die geschätzte Mitarbeiterin ersetzt werden kann durch ein jüngeres und günstigeres Modell. **Aber vielleicht gehört das alles zum ganz normalen globalen Wahnsinn, irgendwo zwischen Reproduktionsmedizin und Gender Mainstreaming.** Zwischen Neoliberalismus und Populismus. Zwischen EU-Krise, Putin und Trump. Oder wie Dürrenmatt es formulieren würde: «Die Welt ist eine Pulverfabrik, in der das Rauchen nicht verboten ist.»

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/Die-Totalverwertung-des-Menschen;art253650,4936434>

Vermarktung der Reformen

Wie kommt es, dass sich bildungsferne Vertreter von Verbandsspitzen besser informiert fühlen, als die Fachleute vor Ort? Wie kann man behaupten, dass der beabsichtigte Paradigmawechsel im Bildungswesen mit dem Lehrplan 21 einen positiven Einfluss auf Gewerbe und Wirtschaft habe, wenn der Praxistest noch bevorsteht? Wieso beharrt man auf den Frühfremdsprachen, obschon wissenschaftlichen Studien und kürzlich veröffentlichte Kantonsvergleiche zeigen, dass die Frühfremdsprachen wenig effizient, sehr teuer und wegen der Verdrängung des Deutschunterrichts, eine der Hauptursachen für die 20% Schulabgänger mit mangelhaften Deutschkenntnisse sind (Pisa 2012 und 2015), die kaum in den Arbeitsprozess integriert werden können? Hat man vergessen, dass der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes auf einer breiten Volksschulbildung beruht und dass wir uns keine Zweiklassengesellschaft leisten können?

Bildungsreformen durch die rosarote Brille betrachtet, 18.3. von Peter Aebersold

Die Informationskultur in Wirtschaft, staatlicher Verwaltung und Medien wurde in den letzten zwei Jahrzehnten – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – völlig verändert und hat auch das Bildungswesen erfasst. Anstelle von neutralen Informationen gibt es immer mehr staatliche Propaganda: Negatives wird ausgeblendet und Positives überhöht oder herbeigeredet. Reformen und Neuerungen werden als absolut notwendig und nur positiv dargestellt. Damit die von oben gesteuerten Reformen und Projekte ohne Störungen durchgezogen werden können, werden kritische Stimmen (Vetoplayer) mit Methoden des „Change Managements“ ausgeschaltet und jahrzehntelanges Erfahrungswissen nicht berücksichtigt. Die Aufsichtsbehörden wurden an Schweigepflicht und Datenschutz gebunden und haben kein Sprachrohr zur Öffentlichkeit. Es gibt keine Schulversuche mehr, um die neuen Methoden in kleinem Rahmen in der Praxis zu erproben, um sie allenfalls ohne grosse Kosten und Verluste rückgängig machen zu können. Damit die Öffentlichkeit, die meist millionenschweren Projekte als erfolgreich wahrnimmt, werden sie mit Gefälligkeitsgutachten, präparierten Umfragen und PR-Methoden vermarktet. Die Tagesmedien übernehmen solche präparierten Erfolgsmeldungen aus zeitlichen Gründen meist unkritisch. Mit solchen gefilterten Informationen werden die Stimmbürger im Stich gelassen und sie können sich keine objektive Meinung bilden, wenn sie sich nicht zusätzliche Informationen bei Alternativmedien beschaffen.

Die Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache in der Primarschule», die am 21. Mai im Kanton Zürich zur Abstimmung kommt und namentlich von Zürcher Lehrerverbänden unterstützt wird, will eine der bisherigen Frühfremdsprachen wieder auf die Oberstufe verlegen, um dem Deutschunterricht als unverzichtbare Grundlage für das Lernen in allen Fächern wieder mehr Priorität einzuräumen.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/03/vermarktung-der-reformen.html>

Demokratische Regeln beachten

Das Zürcher Initiativkomitee «Lehrplan vors Volk» nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass die Bildungsdirektion am Freitag, 17. März 2017 eine Medienkonferenz zur Einführung des Lehrplan 21 veranstaltet, ohne darauf hinzuweisen, dass das Zürcher Volk in einer Abstimmung über die Zuständigkeit für den Erlass des Lehrplans entscheiden wird. Das Komitee fordert die Bildungsdirektion einmal mehr dazu auf, die demokratischen Gepflogenheiten zu berücksichtigen.

Es zeugt von einem mangelhaften Demokratieverständnis, dass die Bildungsdirektion auf Hochtouren mit der Vorbereitung der definitiven Einführung des umstrittenen Lehrplans beschäftigt ist, im Wissen, dass das Volk in einer Abstimmung zu entscheiden hat, wer den Lehrplan definitiv einführt.

Entsprechend einseitig aufgegleist findet am Freitag, 17. März 2017 eine Informationsveranstaltung statt. In der entsprechenden Einladung wird mit keinem Wort erwähnt, dass es heute noch offen ist, ob das Volk den neuen Lehrplan im Kanton Zürich einführen will.

Im Falle der Annahme der Initiative «Lehrplan vors Volk» muss der Lehrplan 21 dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Dessen Entscheid unterliegt dem fakultativen Referendum. Sollte der Termin der Volksabstimmung über die Initiative erst nach der Einführung des Lehrplan 21 angesetzt werden, so muss dieser – im Falle der Annahme der Initiative durch das Volk – nachträglich dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt werden und unterliegt dem fakultativen Referendum.

«Dieser Umstand wird bewusst ausgeblendet», so Anita Borer, Präsidentin des Initiativkomitees. «Wir bitten den Regierungsrat erneut, sich an die demokratischen Gepflogenheiten zu halten und den Ausgang der Abstimmung abzuwarten».

Den Text der Volksinitiative finden Sie unter: <http://www.lehrplan-vors-volk.ch/die-initiative/>

Für das Initiativkomitee «Lehrplan vors Volk» / bei Fragen

Anita Borer, Kantonsrätin SVP

<http://www.lehrplan-vors-volk.ch/medien/demokratische-regeln-beachten/>

Kantonsrat, Fraktionserklärung SVP, 20. März 2017

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Regierungsräte und Regierungsrätinnen
Geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Am vergangenen Freitag, 17. März 2017, stellte die Bildungsdirektion den neuen Lehrplan der Öffentlichkeit vor.

Allen voran stört es uns, dass die noch zur Abstimmung stehende kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» ignoriert wurde. Es zeugt von mangelndem Demokratieverständnis, dass die Bildungsdirektion bereits mit der Umsetzung des neuen Lehrplans beginnt, obwohl das Volk in einer Abstimmung noch zu entscheiden hat, wer den Lehrplan definitiv einführt.

Als grosser Vorteil hebt die Bildungsdirektion die Harmonisierung der Schule hervor. Mit Zykluszielen anstatt Jahreszielen kann eine sinnvolle Harmonisierung allerdings gar nicht erreicht werden. Kantonale Unterschiede sind für uns völlig in Ordnung, denn Bildung ist verfassungsgemäss Kantonssache. Für so wenig Harmonisierung bräuchte es aber keinen von der D-EDK aufoktroyierten Lehrplan.

Ganz ausgeblendet werden im Zusammenhang mit dem neuen Lehrplan die Gemeinden. Der Kanton kann noch lange behaupten, dass er den neuen Lehrplan mehr oder weniger kostenneutral umsetzt. Was es für die Gemeinden bedeutet, wird natürlich nicht erwähnt. Sie sind es nämlich, die die Änderungen in organisatorischer, personeller, infrastruktureller und finanzieller Hinsicht umsetzen und vor allem bezahlen müssen! Und die Gemeinden sind es auch, die die neuen Lehrmittel beschaffen müssen. Letztlich sind es unsere Steuerzahler, die erneut unnötig belastet werden.

Der ganze Aufwand wäre ja in Ordnung, wenn der neue Lehrplan eine massgebliche Verbesserung mit sich bringen und Aufwand und Ertrag im Verhältnis stehen würden. Leider können wir den grossen Mehrwert aber nicht sehen. Der neue Lehrplan ist mit seinen umständlich formulierten Zielen und in seiner umfassenden Form ein praxisuntaugliches Bürokratiemonster. Für uns unverständlich, redet man doch in der heutigen Zeit immer von Vereinfachung. «Reduce to the max», heisst die Devise!

Wir wollen einen guten, verständlichen Lehrplan, der unsere Schüler bestmöglich auf das gesellschaftliche und berufliche Leben vorbereitet und den Lehrkräften eine Stütze im Unterricht ist. Es ist deshalb angezeigt, dass der Kantonsrat und in letzter Instanz das Volk über die Grundlage unserer Schule, den Lehrplan, befinden. Die Bildungsdirektion hat in dem Zusammenhang die demokratischen Regeln zu befolgen und nicht einfach zustande gekommene Volksinitiativen auszublenden.

Komitee Gute Schule Graubünden, 15.3.2017

Doppelinitiative in Chur eingereicht

14

Aus der Region / Leserbrief

Nr. 22

Komitee «Gute Schule Graubünden»

Doppelinitiative in Chur eingereicht

Am Mittwoch hat das Komitee «Gute Schule Graubünden» der Standeskanzlei Graubünden in Chur die Doppelinitiative «Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen» und «Mitsprache bei Lehrplänen» eingereicht.

Mit der im April 2011 lancierten Doppelinitiative «Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen» und «Mitsprache bei Lehrplänen» erhoffen sich die Initianten eine faire Diskussion über die Entwicklung im Bildungswesen. Nun sei man auf diesem Weg einen grossen Schritt weitergekommen, teilte das Komitee am Mittwoch mit. «Mit Stolz und Freude übergeben wir heute die gesammelten Unterschriften der Doppelinitiative – insgesamt über 8000 – der Standeskanzlei in Chur. Wir machen damit darauf aufmerksam, dass in der Bevölkerung ein grosses Unbehagen besteht in Bezug auf die Entwicklungen im Bildungswesen. Seit vielen Jahren schreitet der von internationaler Ebene aus gesteuerte Umbau unseres Schulwesens voran, vorbei an den demokratischen Institutionen – ein Vorgang, der nie öffentlich diskutiert wurde.»

Gegen aufgedrängten «Umbau»

Es könne nicht sein, dass unser bewährtes Schulsystem mit einer Verordnung der Regierung durch ein fundamental anderes ersetzt



Die Initiantinnen und Initianten haben am Mittwoch der Standeskanzlei 8000 Unterschriften übergeben.

Foto: zVg

werden solle, so die Initianten. «In Zukunft soll der Grosse Rat grundlegende Lehrplanänderungen beraten. Dies jedoch nicht im Sinne zeitraubender Debatten über Details.» Im Referendumsfall soll die Bevölkerung mitbestimmen können.

Stein des Anstosses ist der Lehrplan 21. «Die bereits in Gang gesetzte Neuausrichtung des Unterrichtes auf Kompetenzorientierung und Individualisierung ist nachweislich nicht zielführend und andernorts (beispielsweise in den USA) bereits gescheitert. Darum wollen wir mit der Gesetzes-

initiative auch festhalten, dass Lehrpläne grundlegende Inhalte und Ziele des Unterrichts in den einzelnen Fächern und die Jahresziele der einzelnen Klassen verbindlich regeln. Unser Widerstand richtet sich also gegen den aufgedrängten Umbau unseres weltweit anerkannten Schulsystems.

Die Bildungshoheit liegt in der Schweiz bei den Kantonen. «In Graubünden wurde der Beitritt zum Harmos-Konkordat von der Stimmbewölkerung abgelehnt. Damit haben wir die Freiheit, unsere Schule auf kultureller und pädagogischer Grundlage weiterhin so zu

gestalten, dass Jugend und Eltern, sowie die Berufswelt ihre Anliegen vertreten sehen. Mit der vorliegenden Doppelinitiative thematisieren wir die Besorgnis erregenden Entwicklungen im Bildungswesen und ermöglichen eine öffentliche Auseinandersetzung», so das Initiativkomitee. Dass dessen Anliegen bei vielen Eltern auf positives Echo stösst, belegte die Tatsache, dass die nötigen 3000 Unterschriften für die Gesetzesinitiative sowie die 4000 Unterschriften für die Verfassungsinitiative bereits im November 2016 zusammengekommen waren. (pd/hw)

<http://guteschule-gr.ch/wordpress/wp-content/uploads/2016/02/PH.pdf>

Was macht eine gute Schule aus?

Diese grundlegende pädagogische Frage stellen sich Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen und finden gut begründete Antworten. Letzten Herbst hörte ich innerhalb einer Woche von drei Referenten aus ihrem je unterschiedlichen Blickwinkel überzeugende Antworten. Theoretisch wäre die Frage also geklärt. Doch fragt man sich einigermassen irritiert, warum sich die Schulentwicklung im 21. Jahrhundert nicht nach diesen klaren pädagogischen und erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen richtet, sondern Kinder als Humankapital betrachtet, das in der globalisierten Welt funktionieren soll.

Was macht eine gute Schule aus? 22.3. von Elisabeth Calcagnini

Doch der Reihe nach. An einer vom Netzwerk heterogen Lernen (einem Projekt der PH Chur) organisierten Serenata referierte der Neurologe Prof. Dr. med. Joachim Bauer zum Thema «Was wir von der Hirnforschung für die Schule lernen können». Er legte einleuchtend dar, dass Spiegelung und Resonanz Voraussetzung und Kern einer gelingenden pädagogischen Beziehung sind. Das heisst, die Lehrperson wirkt durch ihre Persönlichkeit, durch ihre Begeisterung, durch die wertschätzende Kritik. Ihre Körpersprache und ihre Worte wirken auf die Kinder, die angewiesen sind auf wohlwollendes, ermutigendes und forderndes Echo. Auf sich selbst gestellte Kinder verlieren bald die Lust am Lernen. Für Bauer ist klar, dass die Beziehung zwischen der Lehrperson und dem Kind der Dreh- und Angelpunkt jeder pädagogischen Bemühung sein muss.

An einem Podiumsgespräch in Zürich zum Thema: Was bedeutet der LP 21 für das Gymnasium? beklagte der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Beat Kissling den Abschied von der humanistischen Bildung und stellte die Ökonomisierung der Schule an den Pranger. Warum lassen wir zu, dass unsere Schule nach Kriterien der Nützlichkeit umgebaut wird und alle heute bekannten pädagogischen Erkenntnisse in den Wind geschlagen werden?

An einer weiteren Veranstaltung erläuterte Dr. Arthur Brühlmeier, lange Jahre Lehrer an einer Gesamtschule, Pestalozzikenner und ehemaliger Dozent für Lehrerbildung, dass man auch heute noch die «Schule im Geist von Pestalozzi gestalten» sollte. Er setzte sich für eine naturgemässe Menschenbildung ein und schalt die heutige Schule als viel zu «kopflastig». So blieben die Entwicklung der Herzenskräfte und das eigene Tun auf der Strecke.

An allen drei Veranstaltungen kam es klar zum Ausdruck, dass Schule nur gelingen kann, wenn sie nach empirisch belegten pädagogischen Vorgaben gestaltet wird. Die Frage ist berechtigt: Wie kommt es, dass trotz der Klarheit dieser Erkenntnisse, die falsche Theorie des selbstorganisierten Lernens Oberhand hat und uns mit dem Lehrplan 21 lawinenartig überrollt. Es bleibt uns nur, weiter den Widerstand aufrecht zu erhalten.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/03/was-macht-eine-gute-schule-aus.html>

Das Leiden der Lehrer

Mit praxisfernen Neuerungen wird der Unterricht erschwert. Nun formiert sich Widerstand – auch gegen den Lehrerverband, der sich nicht für seine Mitglieder einsetze.

Nadja Pastega

Die Lehrer in Basel-Stadt proben den Aufstand. Am letzten Mittwoch verabschiedete die Kantonale Schulkonferenz, das Mitspracheorgan aller Lehrkräfte, eine Resolution gegen die externen Leistungschecks an den Schulen. Das sind standardisierte Prüfungen, die seit einigen Jahren für alle Schüler in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn obligatorisch sind. 1818 von 2210 Basler Lehrern stimmten für die Abschaffung.

Die Leistungschecks seien aufwendig, teuer, förderdiagnostisch unbrauchbar und führten zum «Unterrichten auf den Test hin», heisst es in der Resolution. Der schriftliche Protest wurde beim Erziehungsdepartement eingereicht.

In Bern war es eine Woche zuvor soweit. In einem offenen Brief an den kantonalen Bildungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) fordern Lehrkräfte in Ostermundigen mehr Stellenprozente für die Kindergarten- und Unterstufenklassen – ohne Team-Teaching sei die Integration der vielen verhaltensauffälligen Kinder nicht zu schaffen. Die Kids störten den Schulbetrieb, hätten Wutanfälle und würden einfach davonrennen, wenn ihnen etwas nicht passt. Laut Integrationsartikel im Volksschulgesetz müssen auch diese Kinder in den normalen Klassen unterrichtet werden. So haben es Bildungsreformer auch in anderen Kantonen durchgesetzt. Es brodelt an der Basis. In mehreren Kantonen kocht der Ärger hoch über ständige Reformen, die an den Schreibtischen von praxisfernen Theoretikern entworfen wurden. Ein Teil des Unmuts richtet sich gegen die Verbände, von denen sich die Praktiker kaum noch vertreten fühlen. Dieses Unbehagen schlägt sich auch in den Mitgliederzahlen nieder.

Angst vor einer Retourkutsche der Verbandsoberen

Mit rund 50'000 Mitgliedern ist der Dachverband der Schweizer Lehrer (LCH) die grösste Organisation. Unter Präsident Beat Zemp hat sich die Gewerkschaft als wichtige Instanz in der Schweizer Bildungslandschaft etabliert. Wann immer ein Statement zu schulischen Belangen gefragt ist: Zemp ist omnipräsent. Doch der Verband kämpft, von der Öffentlichkeit unbemerkt, mit sinkenden Mitgliederzahlen. Vor allem aktive Vollzeitlehrer und Pädagogen, die ein grosses Pensum unterrichten, kehren dem Verband den Rücken. Bei diesen Lehrern sei die Zahl der Mitglieder «gesunken», sagt LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans. Nach stetig abnehmendem Mitgliederbestand sei 2017 nun erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen – vor allem dank Beitritten von pensionierten Lehrern.

Kritiker des LCH gibt es mittlerweile einige. Ihren Namen wollen sie nicht in der Zeitung lesen, aus Angst vor einer Retourkutsche der Verbandsoberen. Der Vorwurf, den sie erheben, ist happig: Der LCH trete zunehmend als Wasserträger der Bildungsverwaltungen und der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) auf. Statt die Anliegen der Basis zu vertreten, betreibe die Lehrer-Gewerkschaft Behördenpolitik und sei zum «verlängerten Arm der EDK» mutiert.

Mitgliederbefragungen, so die Kritik, gebe es kaum noch. Vernehmlassungsantworten würden hinter verschlossenen Türen in einer kleinen Expertengruppe erarbeitet. Die Stellungnahmen des

LCH würden an der Basis zunehmend als «abgehoben» und «realitätsfern» empfunden. Der LCH nicke zudem jede Reform ab. Dabei formuliere er jeweils eine Reihe von Forderungen, sogenannte Gelingensbedingungen, die in der Regel nicht finanzierbar und damit illusorisch seien. Die Forderungen fielen unter den Tisch, wenn die Umsetzung in den Kantonen anstehe. Mit den Folgen der unausgegorenen Rezepte müssten sich dann die Praktiker in den Schulzimmern herumschlagen. Zum Beispiel beim Fremdsprachenunterricht.

Der LCH unterstützt das umstrittene EDK-Sprachenkonzept, das den Unterricht von zwei Fremdsprachen in der Primarschule vorsieht. Daran knüpfte er eine lange Liste von Gelingensbedingungen, etwa Team-Teaching und kleinere Klassen sowie ein ausfinanziertes Evaluationskonzept durch eine wissenschaftlich qualifizierte Agentur, der Publikationsfreiheit zugestanden wird. Pro mittelgrosse Schuleinheit sollte zudem mindestens ein qualifizierter «Master Teacher» freigestellt werden, der die Sprachlehrer unterstützt.

Von dieser Linie habe sich der LCH «sang- und klanglos» verabschiedet, sagt Hans-Peter Amstutz, ehemaliger Oberstufenlehrer und Bildungsrat im Kanton Zürich. «Die meisten Lehrer hofften, dass mit der wirkungsvollen Unterstützung des LCH bessere Rahmenbedingungen erzielt werden könnten. Doch in den meisten Kantonen hat sich nichts bewegt.»

Inzwischen haben einige kantonale Lehrerverbände zur Selbsthilfe gegriffen und Initiativen gestartet, um den Unterricht in der Primarschule auf eine Fremdsprache zu beschränken. Im Kanton Zürich wird darüber am 21. Mai abgestimmt.

Der Begriff «Lehrer» wurde aus dem Namen gestrichen

Zu den Dauerbrennern in den Lehrerzimmern gehören die Auflösung der Kleinklassen und die Integration von verhaltensauffälligen und lernbehinderten Schülern in die normalen Klassen. Auch hier hat der LCH eine Liste von Forderungen aufgestellt. Das Pensum der Klassenlehrer sollte auf 24 Stunden reduziert werden, damit mehr Zeit für die Betreuung der schwierigen Schüler bleibt. Im Kanton Zürich sind es aber immer noch 28 Stunden, ähnlich sieht es in anderen Kantonen aus. «Es war von Anfang an klar, dass diese Forderung völlig utopisch ist», sagt Amstutz. «Im Kanton Zürich hätte nur schon die Reduktion um eine Stunde Kosten von 30 Millionen Franken pro Jahr generiert.» Eine zweite Forderung des LCH lautet, dass es auf vier bis fünf Klassen eine Heilpädagogin geben müsse. Im Kanton Zürich seien es doppelt so viele Klassen pro Heilpädagogin, sagt Amstutz. In anderen Kantonen sehe es nicht besser aus. Der LCH wehrt sich gegen den Vorwurf, die Lehrer an der Basis nicht mehr angemessen zu vertreten. «Uns ist keine Erhebung bekannt, wonach Mitglieder nicht mehr zufrieden sind», sagt Zentralsekretärin Franziska Peterhans. «Im Gegenteil, wir erhalten immer wieder Briefe, Mails und direkte Rückmeldungen als Dank für unseren Einsatz zugunsten der Lehrerschaft und einer guten Schule.»

Derweil versuchen die LCH-Sektionen in den Kantonen, die Mitgliederzahlen wieder anzukurbeln. Die kantonalen Lehrerverbände wollen sich gegenüber anderen Berufsgruppen im schulischen Umfeld öffnen. Neu sollen auch Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen oder Schulpsychiater Mitglied werden können. Der Lehrerverband im Kanton Bern hat sich bereits semantisch neu ausgerichtet. Das Wort «Lehrer» wurde aus dem Namen gestrichen – der Verband heisst neu «Bildung Bern».

<http://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/dny/Das-Leiden-der-Lehrer/story/13036352>

Brisantes von Schule Schweiz

Basler Lehrer wollen keine Leistungstests mehr

Eine Mehrheit der Lehrer des Kantons Basel-Stadt will keine Leistungschecks an den Volksschulen mehr. Die Kantonale Schulkonferenz (KSBS) hat am Mittwoch eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Lehrer gegen Leistungschecks, Basler Zeitung, 22.3.

[Weiterlesen »](#)

Mit Fremdsprachendidaktik 100 Millionen in den Sand gesetzt

2012 wurden "Mille feuilles" und "New World" als neue Lehrmittel vorbehaltlos in den Primarschulen der an die Westschweiz grenzenden Kantone obligatorisch eingesetzt. Dieses "Passepartout"-Projekt geriet schnell in zunehmende Kritik trotz Ergänzungen und einer völlig überlappenden "mini-grammaire" mit Hinweisen zu 40 (!) Sprachen. Nach vier Jahren liegen nun die Ergebnisse von zwei fundierten Umfragen vor (Solothurn und Baselland/Sek.: "Clin d'oeil"). Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, dass diese untauglichen Lehrmittel den heutigen Anforderungen nicht genügen.

Zurück zu Mass und Vernunft ist überfällig, Solothurner Zeitung, 23.3. Leserbrief von Peter Loretz

[Weiterlesen »](#)

Kompetenzorientierung torpediert Studierfähigkeit in Deutschland

In einem offenen Brief an Bildungspolitiker der Länder und des Bundes schlagen 130 Professoren und Mathelehrer Alarm. Viele Abiturienten, die sich z. B. für Fächer wie Wirtschaft oder Informatik einschreiben würden, seien überfordert. Die Absender des Brandbriefes fordern daher entsprechende Maßnahmen an Schulen.

Trotz guter Noten - Viele Abiturienten für Uni ungeeignet, Welt, 22.3.

[Weiterlesen »](#)

Und vieles mehr...

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>